

Bevölkerungsproblem und Verantwortlichkeit der Katholiken

Die Kirche trägt in ihrem Dienst an der Welt Mitverantwortung für die großen Probleme der Welt. Die offizielle Kirche wich dieser Verantwortung niemals aus, was die Sozialenzykliken beweisen. Die Probleme der sozialen Gerechtigkeit erhielten seit dem Ende des Kriegs eine neue Dimension. Darum ist die Enzyklika „Mater et Magistra“ von 1961 auch zum großen Teil der neuen Problematik der internationalen Gerechtigkeit gewidmet: der Problematik der Entwicklungsländer. Die Enzyklika „Populorum Progressio“ (1967), die ganz diesem Gegenstand gilt, machte tiefen Eindruck, auch außerhalb der katholischen Kirche.

Es ist nun aber merkwürdig, daß sich die offizielle Kirche, die so positiv dem Entwicklungsproblem gegenüberstand, dem Bevölkerungsproblem gegenüber so ambivalent, um nicht zu sagen negativ zeigte, obwohl dieses Problem doch einen integrierenden Bestandteil des Entwicklungsproblems darstellt. Das Problem wird zwar gesehen: In der Enzyklika „Mater et Magistra“ wird die Formulierung des Bevölkerungsproblems noch unverbindlich in den Mund gelegt von „einigen, die sagen . . .“ (Nr. 186); aber die Enzyklika fährt fort: „Tatsächlich dürfte, in weltweitem Maßstab gesehen, das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und den Versorgungsmöglichkeiten weder jetzt noch in absehbarer Zukunft zu ernsthaften Schwierigkeiten führen“ (Nr. 188). „Im übrigen berechtigt der bis zum heutigen Tag auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik erzielte Fortschritt in dieser Hinsicht zu fast unbegrenzten Hoffnungen für die Zukunft“ (Nr. 189). Die bestehenden Schwierigkeiten müssen durch Entwicklung und internationale Zusammenarbeit gelöst werden (Nr. 192).

„Populorum Progressio“ ist realistischer: „Es ist richtig, daß allzuoft ein schnelles Anwachsen der Bevölkerung für das Entwicklungsproblem eine zusätzliche Schwierigkeit bedeutet. Die Bevölkerung wächst schneller als die zur Verfügung stehenden Unterhaltsmittel. Man gerät sichtlich in einen Engpaß“ (Nr. 37). Und in „Humanae Vitae“ schreibt Papst Paul VI. über die Veränderungen, die für die Weitergabe des Lebens neue Fragen mit sich bringen: „Zunächst handelt es sich um die rasche Bevölkerungszunahme: Viele fürchten, daß die Weltbevölkerung schneller zunimmt, als die zur Verfügung stehende Nahrung erlaubt. Dadurch wächst die Not in vielen Familien und in den Entwicklungsländern“ (Nr. 2).

Zu den Konsequenzen für die Bevölkerungspolitik findet sich die ausführlichste Stellungnahme in „Populorum Progressio“. Dort wird das Recht des Staats anerkannt, sich mit diesen Problemen zu befassen: „Der Staat hat zweifellos innerhalb der Grenzen

seiner Zuständigkeit das Recht, hier einzugreifen: eine zweckmäßige Aufklärung durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu treffen, vorausgesetzt, daß diese in Übereinstimmung mit dem Sittengesetz sind und die Freiheit der Eheleute respektieren“ (Nr. 37). Für den Mikrobereich (Familie) wird auf die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten Elternschaft hingewiesen¹. Daneben wird jedoch vor allem betont, daß zur Geburtenbeschränkung nur erlaubte Mittel gebraucht werden dürfen, womit explizit oder implizit alle Mittel außer der Enthaltensamkeit und der Methode der Zeitwahl als unerlaubt betrachtet werden.

In der Praxis jedoch blieben die Erklärungen über das Interventionsrecht des Staats und über die Pflicht zu verantwortlicher Elternschaft recht platonisch, wogegen das Verbot von Verhütungsmitteln von den vatikanischen Stellen mit allem Nachdruck betont wurde. Die Folge war eine lähmende Wirkung auf die Haltung der Katholiken und der katholischen Regierungen². Es ist bekannt, daß während vieler Jahre die Versuche der Vereinten Nationen, das Bevölkerungsproblem auf die Tagesordnung zu bringen, auf den heftigen Widerstand einer Anzahl katholischer Länder stießen. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Intervention der Nuntiatoren in diesen Ländern dabei von großem Einfluß war. Ein neuestes Beispiel einer derartigen Einflußnahme des Vatikans findet man in der Note des Staatssekretariats an die Bischofskonferenzen vom Oktober 1973 zum UNO-Bevölkerungsjahr³.

Der auf die Bischöfe ausgeübte Druck wirkte sich auch auf die Gläubigen aus. Die Folge war, daß man zum Bevölkerungsproblem nicht Stellung nehmen konnte, wenngleich man vom Ernst der Lage überzeugt war. Man neigte eher zu Apathie und zu rationalisierenden Begründungen für die eigene Haltung, indem man den Ernst des Problems verkleinerte. Auf jeden Fall leistete die Kirche unter diesem Druck aus Rom nicht den positiven Beitrag zu verantwortlicher Elternschaft und zur Bewußtmachung des Bevölkerungsproblems, den ihre Verantwortung für das Wohl der Menschheit von ihr verlangt.

Dieses strenge Urteil muß in etwa revidiert werden. Noch vor 15 Jahren hatte man auch außerhalb der katholischen Welt noch keine so deutliche Einsicht in die negativen Auswirkungen des raschen Bevölkerungswachstums. Vor allem wuchs diese Einsicht nur langsam in den Entwicklungsländern selbst, und auch heute ist sie noch lang nicht allgemein vorhanden. Doch meine ich behaupten zu können, daß die mögliche Pionierrolle der Kirche auf diesem Gebiet durch ständiges Betonen des Verbots von Verhütungsmitteln vereitelt wird.

Bedeutet dies, daß ein Beitrag der katholischen Kirche zum Weltbevölkerungsjahr abgeschrieben werden muß? Glücklicherweise nicht, denn inzwischen ist vieles geschehen, sowohl hinsichtlich der Erkenntnis des Bevölkerungsproblems, wie auch in bezug

¹ S. Mater et Magistra, Nr. 195; Populorum Progressio, Nr. 37; Humanae Vitae, Nr. 10.

² Wenn im Folgenden von „Kirche“ gesprochen wird, ist immer die gesamte Kirche, die Kirche als Volk Gottes gemeint, und nicht allein die Amtsträger.

³ S. Herderkorrespondenz 28 (1974) H. 5, 230 ff.

auf die Unerlaubtheit von Verhütungsmitteln. Darauf wollen wir im Folgenden näher eingehen.

Die Tatsachen

Ein jährliches Wachstum der Bevölkerung von $2\frac{1}{2}$ Prozent, wie dies gegenwärtig in den Entwicklungsländern vorliegt, ist etwas völlig Neues in der Geschichte der Menschheit. Der Auftrag der Bibel „Seid fruchtbar und mehret euch“ wurde seit dem Erscheinen des Homo sapiens nicht sonderlich erfolgreich durchgeführt. Wenn man noch die vielleicht zweifelhaften Vorläufer des Homo sapiens mitrechnet, dann kann das Wachstumstempo der Menschheit bis zu Beginn unserer Zeitrechnung im Mittel nicht höher gewesen sein als 2 Prozent pro Jahrtausend⁴. Doch hat eine derartige Schätzung etwas von Science-fiction an sich.

Besser sind wir informiert über die Zunahme der Bevölkerung innerhalb unserer Zeitrechnung. Schätzungsweise lebten zur Zeit Christi ungefähr 100 Millionen Menschen auf der Erde. Um 1850 waren sie zu einer Milliarde angewachsen. Für die zweite Milliarde brauchte es nur 75 Jahre, die dritte war bereits nach 37 Jahren erreicht. Dieser Schneeball wurde nicht nur immer größer, er begann auch immer schneller zu rollen, das heißt, nicht nur die Zahl der Menschen, auch die Wachstumsgeschwindigkeit nahm ständig zu. Die Bevölkerungszunahme der ersten 1800 Jahre, die in der Größenordnung von 0,1 Prozent pro Jahr blieb, wuchs auf etwa 1 Prozent um 1900 und auf mehr als 2 Prozent im Jahr 1970.

Es ist wohl klar, daß dieser Bevölkerungsschneeball nicht unbegrenzt in diesem Tempo weiterrollen kann. Ein Zuwachs von 2 Prozent im Jahr ergibt eine Verdoppelung in 35 Jahren (die Verdoppelungszeit kann man berechnen, indem man das Wachstum auf 70 Jahre verteilt, die Zeit, die eine Verdoppelung bei einem Zuwachs von 1 Prozent pro Jahr benötigt). Der Leser kann sich leicht ausmalen, was geschehen würde, wenn dieses Zunahmetempo hundert, zweihundert oder tausend Jahre anhielte.

Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß dieses Tempo lang andauert. Das Wachstum der Welt als ganzer genommen – wobei Migration keine Rolle spielt – besteht, absolut genommen, im Unterschied zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Todesfälle, relativ genommen (in pro hundert oder pro tausend) im Unterschied zwischen Geburtenzahl pro hundert oder tausend Bewohner (Geburtenziffer) und der Zahl der Todesfälle, ebenfalls pro hundert oder tausend (Sterbeziffer). In der Vergangenheit war die Geburtenziffer hoch, in der Größenordnung von 40 bis 50 pro tausend. Aber auch die Sterbeziffer war gleichfalls hoch, so daß der Unterschied, das Wachstum der Bevölkerung, klein blieb.

Durch verbesserte Lebensbedingungen (Ernährung, Hygiene), vor allem aber durch

⁴ Ph. M. Hauser, in: *De vitale Revolutie* (Hilversum, Antwerpen 1967) 10.

den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft, begann die Sterbeziffer zu sinken, während anfänglich die Geburtenzahl noch hoch blieb. Die Folge war natürlich eine Zunahme des Bevölkerungswachstums. Im Westen begann auch die Geburtenziffer zu sinken, wodurch das Wachstum geringer wurde. Die Periode zwischen der Phase mit hohen Geburten- und hohen Sterbeziffern und der Phase mit niedrigen Geburten- und niedrigen Sterbeziffern nennt man demographische *Transition*. Im Westen ist, wie gesagt, diese demographische Transition erfolgt, in den Entwicklungsländern ist sie noch in vollem Gang. Diese Erscheinung kann anhand der folgenden Tabelle gezeigt werden.

Bevölkerungsziffern einiger Länder ⁵					
	Durchschn. von 22 afrik. Länd.	Honduras 1966	Taiwan 1966	Schweden 1800	Schweden 1966
Geburten pro 1000	47,8	44,2	32,5	31	15,8
Todesfälle pro 1000	26,1	8,7	5,5	26	10,0
Wachstum pro 1000	21,7	35,5	27,0	5	5,8
Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre	42,9	51,0	43,5	33	21,0

In den afrikanischen Ländern ist die Geburtenziffer noch sehr hoch, die Sterbeziffer ist schon gesunken, hat jedoch noch lange nicht das Niveau der westlichen Länder erreicht. Honduras ist auf dem Höhepunkt der demographischen Transition: hohe Geburten- und niedrige Sterbeziffer. Taiwan befindet sich in der zweiten Phase: die Sterbeziffer ist sehr niedrig, aber die Geburtenziffer beginnt rasch zu sinken, von 41,7 im Jahr 1958 über 32,5 im Jahr 1960 bis zu 28,1 im Jahr 1970. Zur Illustration sind auch die Ziffern für Schweden angegeben. Um 1800 waren Geburten- und Sterbeziffern schon in etwa gesunken, beide waren jedoch noch hoch. 1966 aber war die demographische Transition vollzogen.

Das Beispiel Schwedens zeigt, daß außer einer gewissen Übereinstimmung auch ein beträchtlicher Unterschied zwischen den westlichen Ländern im 19. Jahrhundert und den Entwicklungsländern im 20. Jahrhundert besteht. Im Westen sank die Sterbeziffer viel gleichmäßiger, und mit einiger Verzögerung folgte das Absinken der Geburtenziffer. Das Wachstum verlief daher im 19. Jahrhundert selten rascher als 1 Prozent pro Jahr. In den Entwicklungsländern dagegen sank die Sterbeziffer abrupt, während die Geburtenziffer in den meisten Ländern bis jetzt hoch geblieben ist.

⁵ Zit. aus: Rapid Population Growth (John Hopkins Press 1971) 11.

Das Bevölkerungsproblem

An und für sich ist das rasche Bevölkerungswachstum kein Problem, sondern zunächst nur eine Tatsache. Diese wird jedoch zum Problem, wenn man das Bevölkerungswachstum mit bestimmten Zielsetzungen in Verbindung bringt, und vor allem, wenn sich dieser Zusammenhang als negativ erweist. So verdächtigen viele Menschen in den Entwicklungsländern die reichen Länder, für diese bestehe das Problem darin, daß das rasche Wachstum der Entwicklungsländer ihren wachsenden Reichtum gefährden könnte. Propaganda für eine Geburtenbeschränkung wird dann als Teil einer imperialistischen Politik der reichen Länder angesehen.

Selbst wenn dieses Problem auf Weltebene gesehen wird, haben sie noch ihre Bedenken. Sie lassen sich nicht beeindrucken von der Überlegung, rasche Bevölkerungszunahme werde durch die daraus folgende Umweltschädigung und die Erschöpfung unersetzlicher Hilfsquellen das Wachsen des Wohlstands beenden. Mit Recht weisen sie darauf hin, daß die Zunahme von Produktion und Konsum in den reichen Ländern mehr zur Umweltschädigung beiträgt als die Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern.

Wir beschränken uns hier auf die Entwicklungsländer und versuchen, den Einfluß des raschen Wachstums auf die formulierten Ziele der Regierungen in den Entwicklungsländern zu prüfen. Diese Ziele der Regierungen findet man für gewöhnlich in den Entwicklungsplänen niedergelegt. Neben anderen Zielsetzungen, die für unser Problem weniger von Bedeutung sind, findet man darin fast immer: steigendes Einkommen, speziell pro Kopf, mehr gleichmäßige Verteilung des Einkommens, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, der Ausbildung und des Wohnens. Welches ist nun der Einfluß raschen Wachstums auf das Erreichen dieser Ziele?

1. *Einkommen.* Wirtschaftliche Entwicklung, wenn auch kein Ziel an sich, ist dennoch eine notwendige Vorbedingung menschlicher Entwicklung, weil sie die Mittel für einen besseren Lebensstandard verschafft. Zunahme der Produktion und des Einkommens ist daher eines der wichtigsten Ziele der Entwicklungspolitik.

Dennoch kann in vielen Entwicklungsländern nur die Hälfte der Einkommenssteigerung zur Verbesserung des Lebensstandards verwendet werden, da die andere Hälfte zur Erhaltung der Bevölkerungszunahme benötigt wird. Wenn sich das Wachstumstempo des Pro-Kopf-Einkommens verlangsamt, dann hat dies noch weitere Folgen; denn Ersparnisse und Investitionen, der Antrieb zum Wachstum, sind vom Pro-Kopf-Einkommen abhängig. Eine verzögerte Einkommenszunahme führt daher zu einer verzögerten Zunahme der Ersparnisse und dies wieder führt zu einer Verzögerung der Einkommenszunahme usw.

Außerdem hat rasche Bevölkerungszunahme eine sehr ungünstige Altersschichtung zur Folge. In den entwickelten Ländern sind 64 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahre, während in den Entwicklungsländern nur 55 Prozent zur aktiven Bevölkerung gehören. Dies ist eine Folge der unausgeglichene Geburtenziffern.

2. *Einkommensverteilung*. Mit der Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens hängt die Verteilung des Einkommens eng zusammen. Die wirkliche Ursache ungleicher Einkommensverteilung ist die ungleiche Verteilung der Macht über die spärlichen Produktionsfaktoren Land, Kapital, Ausbildung und Know-how. Wo diese Faktoren im Verhältnis zum Produktionsfaktor Arbeit sehr gering sind, kommt es durch den Zusammenhalt derer, die bereits darüber verfügen, und durch den Mechanismus des freien Preises zu weiterer Konzentration von Macht und Einkommen. Das Problem der Einkommensverteilung verlangt daher institutionelle und politische Lösungen. Durch die große Zahl der Arbeitskräfte, die jährlich auf den Markt kommen, entsteht ein Überangebot des Faktors Arbeit. Das wirkt sich negativ auf die Löhne aus und führt zu Arbeitslosigkeit – ein wesentlicher Grund für das Andauern der Ungleichheit in der Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern.

3. *Arbeitsplätze*. Eines der drückendsten Probleme, mit denen die Regierungen der Entwicklungsländer zu ringen haben, ist die Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern noch unmittelbarer ein Problem der Menschenwürde. Arbeitslosenzahlen von 10–15 Prozent sind in Entwicklungsländern die Regel, wobei die riesige verborgene Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich nicht einmal mitgerechnet ist. Durch die stets zunehmende Zahl neuer Arbeitskräfte, die eine ausreichende Existenz verlangen, wird die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze zu einer fast unmöglichen Aufgabe. Man muß sich auch vor Augen halten, daß die Arbeitssuchenden der kommenden 15 Jahre bereits geboren sind und daß die Verlangsamung der Bevölkerungszunahme erst für die Zukunft Erleichterung bewirken wird.

4. *Ernährung, Gesundheit und Wohnung*. Die Verbesserung von Ernährung, Gesundheit und Wohnung wird ebenfalls durch das rasche Wachstum der Bevölkerung beeinträchtigt. Zwischen 1950 und 1965 verdoppelte sich die Kinderzahl in den Grundschulen, und dennoch nahm die Zahl der Analphabeten unter den Erwachsenen in den Entwicklungsländern zu. Bei dem gegenwärtigen Wachstum muß die Zahl von Schulen und Lehrern in den kommenden 30 Jahren verdoppelt werden, nur um den Analphabetismus auf der gleichen Stufe zu halten.

Die Kosten der Gesundheitsfürsorge gleicher Qualität werden nach 10 Jahren um 16 Prozent höher sein, falls die Bevölkerung um 3 Prozent pro Jahr zunimmt, statt um 1,5 Prozent. Die Beseitigung von Elendsvierteln in den Städten und die Verbesserung der Wohnungen auf dem Land erfordert selbst in den reichen Ländern viele Jahre. In den armen Ländern, die in 30 Jahren ihre Bevölkerung verdoppeln, wird sich die Wohnsituation nur immer mehr verschlechtern.

5. *Nahrungsproduktion*. Die Nahrungsproduktion muß, um mit dem Wachsen der Bevölkerung Schritt zu halten, mit derartiger Raschheit zunehmen, daß die dringend nötige Qualitätsverbesserung kaum möglich sein wird.

6. *Verstädterung*. Das rasche Bevölkerungswachstum führt zusammen mit der Arbeitslosigkeit zu einer unkontrollierten Urbanisierung und Metropolisierung mit allen

katastrophalen Folgen für die Lebensqualität, nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Land, wo die Hoffnungen auf eine Entwicklung durch den Wegzug in die Städte vereitelt werden.

7. *Wohlfahrt der Familien.* Wenn auch die Wohlfahrt der Familien nicht eine direkte Aufgabe der Regierungen ist, so sind sie dennoch verpflichtet, die Voraussetzungen zu schaffen, die diese Wohlfahrt fördern. In der traditionellen Gesellschaft, in der man von Landwirtschaft für den Eigenbedarf lebte, konnten viele Kinder einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten. In der sich ändernden Gesellschaft der Entwicklungsländer hingegen wird die Kinderzahl zur Last. Sie erhöht die bittere Armut und führt oft zur Unterernährung. Die häufigen Schwangerschaften untergraben die Gesundheit der Frau, was die Lage noch verschlimmert. Unzureichende Unterkunft und die Unmöglichkeit, den Kindern eine gute Erziehung zu geben, erzeugen Spannungen. Die Folge ist eine große Anzahl verlassener Kinder, die dem Verbrechen ausgesetzt sind. Zahlreiche Fälle von Abtreibung, oft in abscheulicher Weise ausgeführt, geschehen aus der Verzweiflung, die eine sich zunehmend verschlechternde Lage der Familie verursacht.

Bevölkerungspolitik

Bei den großen Nachteilen, die das rasche Anwachsen der Bevölkerung für die Ziele der nationalen Regierungen mit sich bringt, sollte man in allen Entwicklungsländern eine Politik der Begrenzung dieses Wachstums erwarten. Dies ist jedoch nicht allgemein der Fall: 1960 betrieben nur drei Länder offiziell eine Bevölkerungspolitik. 1971 wuchs diese Zahl auf 26, während 24 andere Länder besondere Programme der Familienplanung unterstützten, ohne selbst eine solche Politik zu führen. Diese 50 Länder umfassen etwa 80 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

In Asien findet man bei allen großen und bei den meisten kleinen Ländern die eine oder andere Form von Bevölkerungspolitik. Indien begann als erstes Land 1952. Hier drängten vor allem die Planer auf Maßregeln. Trotz einem damals noch mäßigen prozentualen Zuwachs sahen sie sich jährlich mit einer enormen absoluten Zunahme der Bevölkerung konfrontiert. China wies anfangs aufgrund marxistischer Ideologie eine Beschränkung ab, aber seit 1962 wurde der ganze kommunistische Apparat in eine große Kampagne zur Geburtenbeschränkung eingeschaltet.

In Lateinamerika war die Situation ganz anders. Hier stand man im allgemeinen Aktivitäten auf dem Gebiet der Bevölkerung ablehnend gegenüber. Die Ursachen waren einerseits die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber dem Gebrauch von Verhütungsmitteln, andererseits der Widerstand gegen das starke und oft aggressive Drängen aus Nordamerika. Das Mißtrauen gegenüber den „Yankees“ war so groß, daß man dieses Drängen nur als den Versuch ansah, die lateinamerikanischen Länder klein zu halten. Linksergerichtete Kreise standen auch unter dem Einfluß marxistischer Ideologien, wonach das Bevölkerungsproblem ausschließlich eine Folge des kapitalistischen Systems

sei. Bevölkerungspolitik wurde als Beruhigungsmittel gegenüber dem Ausbleiben fundamentaler Reformen betrachtet. Aber auch in diesem Kontinent zeigt sich in den letzten Jahren eine Wende. Hier geben jedoch nicht die Ökonomen und Planer den Anstoß, sondern die Ärzte und Sozialarbeiter. Sie sind nicht sosehr an der Begrenzung des Wachstums interessiert als am Wohl der Familien und vor allem der Frauen, mit denen sie von Berufs wegen zu tun haben. Ihr Einfluß auf die Regierung nimmt zu: Obwohl nur 12 Prozent der lateinamerikanischen Länder eine auf Wachstumsbegrenzung ausgerichtete Politik führen, arbeiten 61 Prozent der Regierungen an Programmen für Familienplanung aus anderen als demographischen Gründen mit. Bei den übrigen 27 Prozent gibt es keinerlei Politik auf diesem Gebiet.

In Afrika betreiben 22 Prozent der Länder eine Politik der Geburtenbeschränkung, während 36 Prozent Familienplanungsprogramme aus nicht-demographischen Gründen fördern. Das in Afrika am häufigsten gehörte Argument ist die Überzeugung, daß der Kontinent als Ganzer in den meisten Ländern unterbevölkert ist. Ein Drängen von außen, den Zuwachs zu verringern, stößt oft auf stark emotionalen Widerstand: Das Wort Genozid (Völkermord) wird in diesem Zusammenhang gern gebraucht. Viele französisch sprechende Länder haben noch immer eine stark geburtenfreundliche Gesetzgebung, ein Erbe der Franzosen, die ihre heimische Geburtenpolitik auch in Afrika verbreiteten. In Kamerun z. B. ist der Verkauf von Verhütungsmitteln und die Propaganda für sie noch immer offiziell verboten.

Aggiornamento der katholischen Lehre

Die Enzyklika „*Humanae Vitae*“ erschien in einem Augenblick, als im katholischen Denken ein deutlicher Wandel hinsichtlich der Unerlaubtheit von Verhütungsmitteln vor sich ging. Die Enzyklika schlug denn auch wie eine Bombe ein und verursachte viel Verwirrung. Hirtenbriefe von fünf europäischen Bischofskonferenzen ermöglichten jedoch den Katholiken, sich auf das persönliche Gewissen zu berufen. Damit eröffneten sie *faktisch* den meisten wieder den Weg zu größerer Freiheit in der Wahl der Mittel zur Geburtenbeschränkung. Merkwürdig genug aber schwiegen die Bischöfe in den Entwicklungsländern. Das hat unter anderem wohl auch darin seinen Grund, weil in diesen Ländern nur eine ganz dünne Oberschicht Familienplanung praktiziert. Erst 1972 äußerten sich die indonesischen Bischöfe ähnlich wie die europäischen. Sie gaben auch eine positive Antwort auf die Frage, ob katholische Institute für Gesundheitsfürsorge an der Aufklärungskampagne der Regierung zur Familienplanung mitwirken dürften.

Die mexikanischen Bischöfe schrieben nach dem Erscheinen von „*Humanae Vitae*“ einen zustimmenden Brief, der sich überdies völlig mit den Auffassungen des damaligen Präsidenten und seiner Regierung deckte. Als sich 1972 der Standpunkt der Regierung rasch geändert hatte und vor allem die katholische Intelligenz viel Kritik an „*Humanae*

Vitae“ und am Brief der Bischöfe übte, veröffentlichten die Bischöfe eine neue, sehr aufgeschlossene Erklärung, die das Recht auf persönliche Gewissensentscheidung anerkannte.

Schon hieraus erhellt, daß die strikte und einseitige Auslegung von „*Humanae Vitae*“, wonach der Gebrauch von Verhütungsmitteln immer sündhaft sei, nicht haltbar ist. Mehrere Meinungen erweisen sich als möglich und werden auch vertreten. Neben einer strikten Interpretation der Enzyklika sind zumindest zwei Auffassungen möglich.

Die erste kann man als den *pastoralen* Standpunkt bezeichnen. Hier geht man davon aus, daß Verhütung in sich selbst betrachtet unerlaubt, ein Übel ist, daß aber dieses Übel gegen andere Übel abgewogen werden muß. Auch die Bedrohung der Gesundheit der Ehefrau ist ein Übel, desgleichen die Gefährdung der ehelichen Liebe, ebenso, wenn man Kindern das Leben schenkt, die man nicht genügend erziehen kann, und schließlich der Schaden, den man einer Gemeinschaft zufügt, die mit ernststen Bevölkerungsproblemen zu ringen hat. Wenn periodische oder völlige Enthaltksamkeit in solchen Umständen versagen, können Verhütungsmittel als das geringere Übel erlaubt sein. Diese Einstellung kann einzelnen Personen in Gewissensnot helfen, aber sie bildet keine Basis für eine mutige und realistische Erörterung des ernststen und drängenden Bevölkerungsproblems.

Den zweiten Standpunkt könnte man den *theologischen* nennen. Ihn vertritt eine große und zunehmende Zahl von Moraltheologen. Sie weisen darauf hin, daß die Enzykliken „*Casti Connubii*“ (1930) und „*Humanae Vitae*“ eine hohe Autorität besitzen, aber nicht die einzigen Quellen sittlicher Normen in der Kirche darstellen. Auch das Zweite Vatikanum (mit der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“), die Erklärungen vieler Bischofskonferenzen, die Meinungen der Theologen, medizinische und soziale Fachleute sowie die Gewissensüberzeugung der Eheleute sind Fundstellen sittlicher Einsichten.

Vom Inhalt her widersprechen diese Theologen dem Ausgangspunkt von „*Humanae Vitae*“: einer statischen Auffassung des Naturgesetzes. Im Hinblick auf die Dynamik und die Verflechtung von Familie und Gesellschaft kann nicht mehr mit soviel Nachdruck betont werden, daß jeder einzelne geschlechtliche Akt auf die Fortpflanzung ausgerichtet sein müsse. Periodische Enthaltksamkeit ist ein Mittel gegen ungehemmte Fortpflanzung; wenn aber diese Methode in Fällen begründeter und dringender menschlicher Not von Familie und Gesellschaft nicht ausreicht, muß man nach anderen Verhütungsmitteln ausschauen. Ein solches Handeln muß nicht als ein kleineres Übel betrachtet werden, sondern als die beste Lösung eines Wertkonflikts. Diesen Konflikt können nur die Eheleute selbst lösen. Deshalb muß die Wahl der Gewissensentscheidung ihnen überlassen werden. Dabei sollen sie nicht nur den Konflikt der Werte in bezug auf ihre Familie allein, sondern auch den Wertkonflikt zwischen Allgemeinwohl und der Familie berücksichtigen. Die Moralisten könnten ihnen dabei durch eine bessere Integrierung von sozialer und sexueller Moral helfen.

In der Praxis der Geburtenbeschränkung spielen *Abtreibung* und *Sterilisation* eine große Rolle. Es ist klar, daß die Kirche beide als Mittel der Bevölkerungspolitik ab-

lehnt. Weniger klar ist, wie sich die Kirche dort verhalten soll, wo die Regierung die Abtreibung nicht in jedem Fall als Verbrechen verfolgen will und die freiwillige Sterilisation propagiert. Darauf wollen wir nicht eingehen, da dies hier weniger von Bedeutung ist. Für unser Thema liegt das Problem darin, daß die Katholiken in ihrer Stellungnahme zum Bevölkerungsproblem gehemmt sind, solange sie das nächstliegende Mittel ablehnen, nämlich die Geburtenbeschränkung auch mit künstlichen Mitteln. Fällt diese Schwierigkeit weg, kann man eine sehr positive Haltung einnehmen, auch wenn man sich gegen Abtreibung und (erzwungene) Sterilisierung wendet. Eine aufrichtige Mitwirkung an Programmen zur Geburtenbeschränkung macht nicht nur die Abtreibung und die Sterilisierung weniger nötig, auch der Widerstand gegen solche Praktiken wird glaubwürdiger.

Aggiornamento der katholischen Praxis

Ein Wandel in den Auffassungen über die Erlaubtheit der Verhütung ist zwar eine notwendige, aber noch keine ausreichende Vorbereitung für eine positive Einstellung der Katholiken zum Bevölkerungsproblem. Die Kirche muß auch alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um den Prozeß der Bewußtwerdung des Ernstes des Bevölkerungsproblems in Gang zu setzen.

Die mächtige *Erziehungsorganisation*, über die die Kirche verfügt, könnte dazu das vornehmste Instrument sein. Erziehung zu sozialer Verantwortung muß in jeden Unterricht aufgenommen werden, und „population education“, die die Vereinten Nationen anstreben, kann in jeden Lehrplan eingebaut werden. Neben Information über Tatsachen und Probleme des Bevölkerungswachstums versucht „population education“ auch zu einer richtigen Einstellung in bezug auf gesunde und verantwortbare Familiengröße zu führen, indem sie Verständnis weckt für die sozialen und demographischen Folgen der Entscheidungen der einzelnen wie der Familie im Bereich der Fortpflanzung. Um dies zu ermöglichen, muß der Ausbildung des Lehrpersonals viel Aufmerksamkeit gewidmet werden. Man muß ihnen die nötigen Lehrmittel verschaffen. Auch die soziale Ausbildung des künftigen Priesters muß verstärkt werden.

Die katholischen Universitäten sollen sich in Lehre und Forschung viel mehr den Bevölkerungsproblemen widmen. An vielen Universitäten fehlt noch ein Lehrstuhl für Demographie. Die Universitäten könnten dann auch Kurse für Mitarbeiter im Bereich der Bevölkerungs- und Familienprobleme durchführen.

Neben den katholischen Schulen gibt es viele kirchliche Einrichtungen, die Möglichkeiten einer Erziehung zu sozialer Verantwortung und verantwortlicher Elternschaft bieten: Erwachsenenbildung, „community development“ und Jugendwerke. Auch die Predigt muß von verantwortlicher Elternschaft sprechen. Eheunterricht und Ehebegleitung bilden eine günstige Gelegenheit, um verantwortliche Elternschaft in den Rahmen sozialer Verantwortung zu stellen.

Neben dem Erziehungswesen hat die Kirche, besonders in den Entwicklungsländern, großen Einfluß auf dem Gebiet der *Gesundheitsfürsorge*. Die erfolgreiche Tätigkeit auf medizinischem Gebiet führte zu der sehr erwünschten Senkung der Sterbeziffer, aber auch – unvermeidlich – zu einer Verschärfung des Bevölkerungsproblems. Deshalb hat die kirchliche Gesundheitsfürsorge auch eine besondere Verantwortung für die Verringerung der Geburtenzahl. Sie ist dazu zudem besser ausgerüstet als jede andere Einrichtung.

Einer der wirksamsten Wege, um verantwortliche Elternschaft zu fördern, ist die *Emanzipation der Frau*. Die katholische Gemeinschaft kann hierzu in vielfacher Weise beitragen: durch besseren Unterricht für Mädchen und Frauen, durch Förderung von Teilnahme der Frauen am ökonomischen, sozialen, kulturellen und religiösen Leben, durch Ablehnung jeder Diskriminierung der Frauen und durch Bemühungen, das Mindestalter der Frauen für die Ehe in vielen Entwicklungsländern heraufzusetzen. Das Jahr 1975 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Frau ausgerufen: die Kirche sollte dazu einen wichtigen Beitrag liefern.

Das Problem der Umwelt und des begrenzten Vorrats an Grundstoffen zieht nicht nur dem Bevölkerungswachstum Grenzen, sondern noch mehr dem *Konsumniveau* der entwickelten Länder. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Verbrauch der reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 33mal so hoch ist wie der Verbrauch der ärmsten 10 Prozent, dann wird klar, daß die wohlhabenden Länder bereit sein müssen, ihr nationales Einkommen und das Wachstum des persönlichen Einkommens ihrer Bürger einzuschränken. Im Hinblick auf die abnehmenden natürlichen Hilfsquellen und deren äußerst ungleiche Verteilung müssen die Bewohner der entwickelten Länder (und die Reichen in den Entwicklungsländern) ihren Konsum anders abwägen, denn sie sind sowohl für ihre eigene Zukunft wie für die Massen anderswo in der Welt verantwortlich.

Es ist höchst notwendig, daß die Kirche hier ihre prophetische Rolle begreift. Auch wenn ihre Botschaft keineswegs willkommen ist, so muß sie doch mit Nachdruck darauf hinweisen, daß Überkonsum (das Verlangen nach immer mehr Konsum und die Verschwendung von Grundstoffen) ein Übel ist, das durch eine einfachere Lebensweise bekämpft werden muß. Jeder einzelne muß dazu ermuntert werden, Schritt für Schritt den eigenen Lebensstil zu ändern und sich selbst, in der Familie oder in Gruppen diesen Fragen nach einem konsequenten Christsein angesichts der Weltprobleme zu stellen. Die erlösende Botschaft des Evangeliums lautet vor allem: Füreinander sorgen, verzichten und teilen (to care, spare and share).

Schließlich ist das Bevölkerungsproblem nur ein Teil des *Entwicklungsproblems*. Darum müssen die Katholiken alle Programme voll unterstützen, die die Erhöhung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern zum Ziel haben, und eine gleichmäßigere Verteilung von Wohlfahrt, Einkommen, Bildung, Prestige und Macht erreichen wollen. Sie müssen auch bereit sein, dabei die eigene bevorrechtete Position aufzugeben.